



**Schwäbischer Wald
Leintal**

Die Köhler im Kochertal

Anmeldung Mit einem Naturparkführer auf den Spuren der Geschichte.

Abtsgmünd. „Die Köhler vom Kochertal“ ist eine Tour unter dem Motto „Spuren der Vergangenheit“ überschrieben. Naturparkführer Rolf Angstenberger nimmt die Teilnehmer am Sonntag, 12. Februar, mit zu ehemaligen Köhlerplatten.

Vor rund 150 Jahren waren dort Holzkohlemeiler aufgebaut. Die Teilnehmenden erfahren, wie das alte Waldgewerbe funktioniert hat, wie die Köhler gelebt haben und wofür die Holzkohle verwendet wurde.

Die dreistündige Wanderung beginnt um 13 Uhr in Abtsgmünd – Schäufler am Parkplatz Naturschutzgebiet Tal der Blinden Rot an der L1073. Die Kosten liegen bei 6 Euro pro Person, Kinder bis 16 Jahre sind kostenlos.

Die Strecke ist 6,5 km lang und verläuft teilweise abseits vom Weg. Anmeldung bis Sonntag, 12. Februar, unter (07366) 919248 oder angstenberger@die-naturparkfuhrer.de.

Chance für Künstler

Mutlangen. Egal ob Profi oder Hobbykünstler – Anfragen und Bewerbungen um eine Ausstellungsfläche im Mutlanger Rathaus für das Jahr 2023 sind ab sofort wieder möglich. Die Gemeinde bietet in den Fluren des Rathauses eine Präsentationsfläche an und veranstaltet unter dem Motto „Kunst im Mutlanger Rathaus“ Vernissagen zur Eröffnung. Anschließend schmücken die Bilder eine Zeit lang die Gänge des Rathauses. Interessierte, die ihre Kunstwerke im Mutlanger Rathaus präsentieren möchten, können sich per E-Mail (ascher@mutlangen.de) an Julia Ascher wenden. Benötigt werden in der Regel neben grundlegenden Daten zur Person und deren Werdegang, einige Fotos der Kunstwerke.

Kurz und bündig

Gottesdienst beginnt früher Spraitbach. Der Gottesdienst in der Michaelskirche in beginnt am Sonntag, 29. Januar, schon um 9.30 Uhr (und nicht um 10.30 Uhr). Im Anschluss an den Gottesdienst ist Kirchencafé im evangelischen Gemeindehaus.

Neujahrsempfang mit Ehrung Obergröningen. Mit einem musikalischen Gruß beginnt der Neujahrsempfang von Gemeinde und evangelischer Kirchengemeinde am Sonntag, 29. Januar, um 11 Uhr in der Gemeindehalle. Nach dem MGV Obergröningen sprechen Bürgermeister Jochen König und Pfarrerin Florentine Wolter. Geehrt werden Blutspender Andreas Jakobetz und die Feuerwehraktiven Rolf Kießling und Ralf Bohn.

Bürgerabend mit Sketch Ruppertshofen. Beim Bürgerabend am Sonntag, 29. Januar, ab 17 Uhr im Kultur- und Sportzentrum Jägerfeld gibt es Musik, einen Rück- und Ausblick des Bürgermeisters, einen Sketch, Ehrungen und einen Imbiss.



Nächster Schritt für „Tante M“ in Schechingen - Gemeinderat genehmigt Baugesuch

Infrastruktur Spürbar groß ist der Verlust des einzigen Lebensmittelladens für Schechingen. Beharrlich haben sich Bürgermeister Stefan Jenninger und der Gemeinderat um eine Lösung bemüht und sind mit „Tante M“ auf ein Unterneh-

men gestoßen, das sich auf „die leicht zu erreichende tägliche Nahversorgung in der Ortsmitte“ spezialisiert hat. Das Konzept will nicht den Wocheneinkauf ersetzen, sondern in Ortschaften wie Schechingen dafür sorgen, dass die Bür-

ger all die Kleinigkeiten finden, die dann immer noch fehlen. Tante M hat an sieben Tagen in der Woche von 5 bis 23 Uhr geöffnet - „als ganz normaler Laden - aber ohne Verkaufspersonal“. Kassiert wird über eine Selbstbedienungskasse.

Und da die Standortentscheidung nun gefallen ist, hat der Gemeinderat am Abend das von Ex-Gremiumsmitglied Markus Lägeler gefertigte Baugesuch genehmigt. Jetzt heißt es hoffen auf einen ELR-Zuschuss im April. *aks/Grafik rico*

Der „Zufallsbürger“ als Retter der Demokratie

Musikwinter Was Barbara Bosch als ehrenamtliche Staatsministerin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung ins Bilderhaus mitgebracht hat. *Von Anke Schwörer-Haag*

Gschwend

Die Frau ist ein Vollprofi. Nicht nur weil Barbara Bosch mit dicken Komplimenten in die nordwestlichste Gemeinde des Ostalbkreises gekommen ist. Die ehrenamtliche Staatsrätin im Ministerrang hat dem Bilderhauspublikum auch ein bisschen etwas von der Sorge um die Demokratie nehmen können. Denn sie hat ein Konzept mitgebracht, das die Akzeptanz dieser freiheitlichen Staatsordnung auf breiter Front steigern kann. Mehr noch, das sogar schon tut, wie laut Referentin die Studien zur permanenten wissenschaftlichen Begleitung des Konzepts belegten.

„Wir dürfen die Menschen nicht unterschätzen.“

Barbara Bosch,
Staatsrätin

Der Held dieser demokratiefördernden Konstruktion ist der „Zufallsbürger“. Das sei, erklärt Barbara Bosch, bei jedem Aufregerthema einberufen, eine angemessene Anzahl an Menschen, die bis dato in die Entscheidungsfindung nicht eingebunden oder direkt betroffen sind. Ausgewählt per Los aus unterschiedlichen „Töpfen“ repräsentieren die Zufallsbürger mit Blick auf Alter, Geschlecht oder soziale



Barbara Bosch hat auch „Des Volkes Stimme“ dabei, ein Buch mit 100 Beispielen des schwäbischen Umgangs mit der Obrigkeit. *Foto: hpr*

Herkunft alle gesellschaftlichen Gruppen. Die ausgewählten Bürger werden angeschrieben. Wer daraufhin mitmacht - „die Quote liegt bei drei bis zehn Prozent“, sagt die Referentin - wird Teil eines temporären Bürgerforums, das sich in mehreren Sitzungen mit dem jeweils strittigen Thema auseinandersetzt.

„Die Zufallsbürger erhalten alle Informationen, die sie sich wünschen. Alle Projektbeteiligten und Interessensgruppen - pro und contra - stellen ihre Ideen und Konzepte vor“, erklärt Barbara Bosch. Und, ganz wichtig, es gibt eine absolut neutrale und professionelle Moderation.

Gemeinsam erarbeitet das Zufallsbürger-Forum einen Lö-

sungsvorschlag, der dem Entscheidungsgremium - Gemeinderat oder Kreistag oder Landtag zum Beispiel - vorgelegt wird und den dieses öffentlich beraten muss. Auch werden die Entscheidungen dem Forum gegenüber begründet. „Selbst wenn anders entschieden wurde, zeigt die Befragung, dass die Zufallsbürger am Ende sehr zufrieden sind“, zitiert Barbara Bosch entsprechende Studien und interpretiert: „Wir dürfen die Menschen nicht unterschätzen. Sie sind durchaus bereit, Mehrheiten zu akzeptieren, wenn sie eingebunden waren.“

Von der Ansiedlung eines Großunternehmens in Weilheim über die Sanierung der Staats-

oper in der Landeshauptstadt Stuttgart bis zur Altersversorgung und für die Demokratie weltweit, aber auch im Land, das Schlimmste befürchtet hat. Endlich ein Konzept, das Hoffnung macht. Das auch die Meinung der Leisen abfragt. Das obendrein nicht rosarot gefärbtes Wunschen denken transportiert, sondern mehrfach erprobt und wissenschaftlich begleitet seine positive Wirkung bewiesen hat. Natürlich kein Allheilmittel für jede demokratische Herausforderung. Aber ein Lichtstrahl. Ein Werkzeug, um echte Mehrheiten zu motivieren. Ein Mutmacher für alle Akteure, denen längst klar geworden sein muss, dass Politik ohne Beteiligung der Bürger ein Nährboden ist für Extremisten und Populisten.

Und womöglich - das drängt sich in der aktuellen Situation geradezu auf - genau das richtige Instrument für den Ostalbkreis. Hier gibt es nämlich ein Thema, das konkret und umstritten ist; dessen Ausgang, zumindest nach den Beteuerungen der Akteure, noch offen ist; auf dessen Optionen noch Einfluss möglich ist - alles Voraussetzungen, die Barbara Bosch für ein Zufallsbürger-Forum genannt hat. Gemeint ist die Klinikdebatte. In der eine Entscheidung nötig ist, die alle Bürger im Kreis am Ende mittragen. Weil sie mitwirken konnten und das Votum der Mehrheit nachvollziehen. Die Anregung kommt genau zur rechten Zeit.

Im Staatsministerium habe man nicht nur dieses Verfahren aufgebaut, das „der Schweigen die Mehrheit eine Stimme“ gebe, und es immer weiter verfeinert, wirbt Barbara Bosch für einen virtuellen Besuch auf der Plattform „beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de“. Aktuell wird auch ein Pool aus professionellen Moderatorenteams aufgebaut, die von Organisatoren eines Zufallsbürger-Forums gebucht werden können.

Kommentar
Anke Schwörer-Haag
sieht in der Klinikdebatte Bedarf an Zufallsbürgern.



Genau zur rechten Zeit

Endlich. Das mag sich mancher gedacht haben, der in der Reihe „rendezvous“ bislang den spannenden Analysen gelauscht und für die Demokratie weltweit, aber auch im Land, das Schlimmste befürchtet hat. Endlich ein Konzept, das Hoffnung macht. Das auch die Meinung der Leisen abfragt. Das obendrein nicht rosarot gefärbtes Wunschen denken transportiert, sondern mehrfach erprobt und wissenschaftlich begleitet seine positive Wirkung bewiesen hat. Natürlich kein Allheilmittel für jede demokratische Herausforderung. Aber ein Lichtstrahl. Ein Werkzeug, um echte Mehrheiten zu motivieren. Ein Mutmacher für alle Akteure, denen längst klar geworden sein muss, dass Politik ohne Beteiligung der Bürger ein Nährboden ist für Extremisten und Populisten.

Und womöglich - das drängt sich in der aktuellen Situation geradezu auf - genau das richtige Instrument für den Ostalbkreis. Hier gibt es nämlich ein Thema, das konkret und umstritten ist; dessen Ausgang, zumindest nach den Beteuerungen der Akteure, noch offen ist; auf dessen Optionen noch Einfluss möglich ist - alles Voraussetzungen, die Barbara Bosch für ein Zufallsbürger-Forum genannt hat. Gemeint ist die Klinikdebatte. In der eine Entscheidung nötig ist, die alle Bürger im Kreis am Ende mittragen. Weil sie mitwirken konnten und das Votum der Mehrheit nachvollziehen. Die Anregung kommt genau zur rechten Zeit.

Täferrot verfügt Leinenpflicht für Hunde am Stausee

Gemeinderat Neues Löschfahrzeug kommt im Mai. Flächen für erneuerbare Energieerzeugung vorgesehen.

Täferrot. Schon seit Längerem will Täferrot die Polizeiverordnung ändern, um eine generelle Leinenpflicht für Hunde durchsetzen zu können. Hauptgrund für diesen Wunsch sind eindeutig durch Hunde gerissene Wildtiere im Bereich des Stausees. In der jüngsten Vergangenheit sei nun sogar ein Kalb einem wildernden Hund zum Opfer gefallen, informierte Bürgermeister Markus Bareis das Gremium.

Eine Änderung der Polizeiverordnung müsse mit dem Landratsamt abgestimmt werden, die Verbotszone für frei laufende Hunde müsse dabei klar definiert werden, erklärte der Schulsen, warum der Vorgang sich so lange hinzieht. Jetzt aber steht der Vorschlag. Die Verordnung

soll als Ergänzung bekommen: „südwestlich der Ortschaft Täferrot auf der Gemarkung Täferrot, beginnend vom Ortsrand Täferrot zwischen den Kreisstraßen Täferrot - Durlangen und Täferrot Lindach, sind Hunde generell an der Leine zu führen“.

Bereits in der Polizeiverordnung aufgeführt, aber zur Verdeutlichung explizit aufgeführt wird ein weiterer Zusatz, dass Hundehalter oder Hundeführer dafür Sorge zu tragen haben, dass Hunde zwischen dem 1. März und dem 31. Oktober landwirtschaftlich genutzte Grün- und Ackerflächen nicht betreten dürfen. Entsprechende Hinweisschilder werden auf die Anleimpflicht hinweisen. Die Durchsetzung der Polizeiverordnung, sowie die

Androhung von Bußgeldern obliege nur der Gemeinde als Ortschaftsbehörde oder der Polizei, stellte Bareis in aller Deutlichkeit fest.

Erfreuliches gab es für die Feuerwehr zu berichten. Nach langem Suchen wurden Gemeinde und Feuerwehr fündig. Es gibt ein gebrauchtes und geeignetes Löschfahrzeug. Dieses LF 20 mit Baujahr 2002 wurde vor Ort besichtigt und zu einem Gesamtpreis von 149874 Euro gekauft. Nach einer Generalüberholung soll das neue Fahrzeug bis Anfang Mai 2023 in Täferrot in Dienst gestellt werden. Bei einer erhofften Restlebensdauer von 15 Jahren habe die Gemeinde mit dem gebrauchten Fahrzeug erhebliche Kosten gespart, meinte

der Bürgermeister zufrieden.

Unzufrieden ist Bareis hingegen mit einem Schreiben des Regierungspräsidiums Stuttgart. Während der Sanierung der B298 kam es in der Gemeinde zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen, das zahlreiche Beschädigungen der örtlichen Straßen und der Randsteine mit sich brachte. Laut Schreiben des RP seien für den Zeitraum der Straßenbaumaßnahmen an der B298 die Umleitungsstrecken „über ein klassifiziertes Straßennetz“ eingerichtet, die nicht durch Täferrot und Durlangen geführt habe. Das Regierungspräsidium bedauere, dass Verkehrsteilnehmer sich nicht an die ausgewiesene Umleitungsstrecke gehalten hätten, eine Kostenübernahme

seitens des RP könne aber nicht gewährt werden.

Mit aufgemalten Wartelinienmarkierungen erhofft sich die Verwaltung für Täferrot und Utzstetten eine Bremswirkung für den Durchgangsverkehr.

Welche Auswirkung die Fortschreibung des Regionalplanes auf die Gemeinde hat, konnte der Bürgermeister nicht klar definieren. Das vom Regionalbüro überlassene Kartenmaterial sei in seiner Form verkleinert worden, dass nichts mehr zu erkennen sei. Aus dem Vorhandenen abzulesen sei aber immerhin, dass auf Täferroter Markung bisher keine Flächen für Windkraftanlagen oder Fotovoltaikfreiflächen eingetragen seien. *Andrea Rohrbach*